

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,50 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690. Dresdener Verlagsgesellschaft
Echtheit: Dresden-Alt. Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gesplante Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restanzeigen anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 3. Juli 1928

Nummer 153

Regierungserklärung ohne Bedeutung

Berlin, 3. Juli. (Eig. Drahtmeldung.)

Heute nachmittag wird Hermann Müller im Reichstag die Regierungserklärung verlesen. Alles deutet darauf hin, daß die Erklärung auf die wichtigsten Verpflichtungen, die die Sozialdemokraten übernehmen, nicht eingehen wird. Der heutige Vormarsch befürchtet, daß die sozialdemokratischen Arbeiterwähler von der Regierungserklärung enttäuscht sein werden. Er beruhigt sie, indem er einiges über die Erklärung verlauten läßt und schreibt:

„Jedenfalls aber werden wir gut daran tun, dem Wortlaut der Regierungserklärung, die ganz natürlich schon wegen der Kürze der für die Formulierung zur Verfügung stehenden Zeit eine Anzahl von Zweifeln offenlassen muß, keine übertriebene Bedeutung beizulegen.“

Auch spricht er in diesem Bericht schon nicht mehr von dem ersten Schlag der Sozialdemokratie in der Behandlung der Frage der Lohnsteuerverteilung.

Die Regierungserklärung wird also in dem, was sie sagt, nicht von Bedeutung sein, wohl aber in dem, was sie verschweigt. Zum Panzerkreuzerbau wird die Erklärung nichts sagen, da dieser erst im Herbst erfolgen soll. Auch über den Verfassungstag soll nicht geredet werden, da der Reichstag ein Initiativgesetz gemacht habe, das an den Reichstag gehe. Das heißt also, in diesem Jahre wird der 11. August wohl kein Feiertag werden. Dagegen wird man Amnestie und Lohnsteuerverteilungsvorparierungen machen.

In der Steuerentlastung hat von den Regierungsparteien die Volkspartei die Initiative ergriffen. Sie stellt einen Antrag, nach dem sie fordert:

1. Bei Lohnsteuerverpflichtigen und bei den zu veranlagenden Steuerpflichtigen mit einem 3000 RM nicht übersteigenden Einkommen soll eine durchschnittlich 20prozentige Senkung des Steuerbetrages eintreten;
 2. Bei Steuerpflichtigen mit einem zwischen 3000 und 40 000 RM liegenden Einkommen soll eine Senkung von 15 bis 20 Prozent eintreten;
 3. Bei den höheren Einkommen soll die Grenze der Belastung 33,33 Prozent nicht übersteigen;
 4. Der Einkommensteuersatz von 10 Prozent ist beizubehalten.
- Aus diesem Antrag ist schon ersichtlich, daß für die Arbeiter nicht viel herauskommt. Dagegen will die Volkspartei aber Sicherungen für die großen Einkommen schaffen.

Die Arbeiter werden aus der Tätigkeit der Regierung baldigst die „Erfolge“ der Koalitionspolitik verspüren.

Eine Reichsbannerpfeife

Mannheim, 2. Juli 1928 (Eig. Drahtm.)

Am Sonnabend und Sonntag fand in Ludwigshafen der vierte pfälzische Republikanertag des Reichsbanners statt. Der Reichsbannergeneral Hörsing war in höchstgelegener Person erschienen.

Ein bedeutender Arbeitszeittampf

51-Stunden-Schiedspruch in der sächsischen Textilindustrie — Die Reformisten vertrösten auf Wisse!

Die westsächsischen Textilarbeiter stehen seit einigen Wochen in einer Tarifbewegung. Sie fordern in erster Linie endlich eine Verkürzung der unentgeltlich laufenden Arbeitszeit. Bisher war die Arbeitszeit formell 48 Stunden, der Unternehmer konnte aber drei weitere Stunden pro Woche anordnen, so daß die Arbeitszeit faktisch 51 Stunden betrug. Dazu kommen noch die häufig angeordneten eigentlichen Überstunden. Deshalb verlangten die Textilarbeiter, daß mindestens mit dem Umfang der drei zulässigen Arbeitsstunden Schluß gemacht und darüber hinaus die 48-Stundenwoche tariflich festgelegt werden soll. Außerdem wollten die Arbeiter eine Lohnforderung zu 10 Pf. pro Stunde und zwar als Lohnausgleich für die gekürzten Arbeitsstunden. Die reformistische Bureaukratie des Textilarbeiterverbandes lehnte es aber ab, die Forderung des Lohnausgleichs zu stellen, womit sie bewies, daß sie die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit gar nicht ehrlich vertreten wollte.

Am 27. Juni hat nun der sächsische Landesschiedsrichter Haas einen Schiedspruch gefällt, der den bisherigen Zustand in folgender Weise verbessert. Wieder soll die „regelmäßige Arbeitszeit“ 48 Stunden betragen, aber der Unternehmer kann drei weitere Arbeitsstunden anordnen. Überstunden über die 51 Stunden hinaus sind an die Zustimmung des Betriebsrates geknüpft, doch entscheidet bei einem Einspruch des Betriebsrates das Tarifschiedsgericht, das ja „infolge der wirtschaftlichen Notwendigkeit in der Textilindustrie den Unternehmern bisher stets die 57- bis 60-stündige Arbeitszeit bewilligt hat und es auch in Zukunft tun wird.“ In der Frage der Kurzarbeit wurden alle Unternehmerwünsche erfüllt. Die Verteilung der Arbeitsstunden auf die einzelnen Wochentage regelt der Unternehmer im „Einnehmen“ mit dem Betriebsrat, währenddem diese Einteilung bisher an die Zustimmung des Betriebsrates gebunden war. Eine Lohnsteigerung wurde nicht bewilligt. Dieser Schiedspruch, der erstmalig zum 31. Dezember 1929 fällig ist, soll für 1 1/2 Jahre gelten.

Die westsächsischen Textilarbeiter haben diesen Schiedspruch mit größter Empörung zur Kenntnis genommen. Eine Gewerkschaftskonferenz der westsächsischen Textilindustrie lehnte diesen Schiedspruch einstimmig ab, ohne jedoch Kampfbefehle zu fassen.

nen. Dieser Republikanertag war eine ausreißende Pfeife. Im Sonnabend sprach Hörsing in Mannheim auf dem Marktplatz vor insgesamt 250 uniformierten Reichsbannerleuten und ca. 160 Neugierigen. In der am Sonntag in Ludwigshafen stattfindenden Rundgebung, an der das Reichsbanner der gesamten Pfalz, sowie von Mannheim und Heidelberg teilnehmen wollte, zählte man 455 Mann. Der rote Frontkämpfer verteilte während des Umzuges an die Arbeiter des Reichsbanners Flugblätter, in denen die Rolle Hörsings im Kampf gegen die Arbeiterklasse gekennzeichnet war und die Reichsbannerkometen aufgefordert wurden, sich der roten Front anzuschließen. Die Rede Hörsings war eine wüste Kommunistenhetze, er sprach von kommunistischem Gift und die sozialdemokratische Presse mußte diese unehrliche Pfeife abgeben, in dem von schlechter organisatorischer Vorbereitung usw. geschrieben wurde.

Hermann Müller absolut — wenn er unsern Willen tut

Die Kapitalistenpresse vor der Regierungserklärung

Aus den Pressestimmen geht hervor, daß die Regierungserklärung des Hermann-Müller-Kabinetts heute vor dem Reichstag auf die wichtigsten Verpflichtungen, die die Sozialdemokraten übernehmen mußten, nicht eingehen wird.

Auf das „Eindringen in Details“ wird verzichtet. Die Sozialdemokratie darf verschweigen, daß sie die Rüstungsbauten, den Panzerkreuzerbau fortführen muß, der Erweiterung der Position der Bourgeoisie im Staatsapparat (Eintritt der Volkspartei in die Preußentheilung) zugestimmt hat, eine Diskussion über Verfassungs- und Wahlrechtsreform im Gange ist. Welche Bedeutung die Trübsal der Bourgeoisie nach den Lehren der französischen Wahl besonders dem letzten Punkte zuzieht, zeigt eine Sonntagsberichterstattung der Kölner Zeitung, dem führenden Organ der Deutschen Volkspartei:

„Es entspricht nicht dem Willen der Wähler, wenn man das nun mit Ach und Krach zustande gekommene Kabinett Hermann Müller als „Übergangsministerium“ oder gar als „Berichtskabinett“ betrachtet.“ „Geht die Regierung sofort an die Wahlrechts- und Verfassungsreform (1) heran und packt sie auch sonst die dringenden Fragen entschlossen an, dann wird sie sich eine Plattform schaffen, von der sie die Fraktionspolitik zu verdrängen kann (1), denn hinter ihr wird die große Mehrheit des Volkes (lies: das Trübsalkapital) geschlossen stehen.“

Die Vereinigung der Reaktion

Berlin, 2. Juli 1928.

Der am Sonntag stattgefundene „Liberale Tag“ nahm unter anderem auch eine programmatische Rundgebung an, in der es u. a. heißt:

„Wir wollen einen sozialen Liberalismus, der der Persönlichkeit ihre freie Entwicklungsmöglichkeit gewährleistet. Wir müssen heraus aus dem Furchtgestalt, aus der bequemen Risikolose, die jedes Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen erstickt.“

Diese Ausführungen zeigen das wahre kapitalistische Gesicht dieser kommenden „Liberale Vereinigung“. Sie bedeutet nichts anderes, als daß sich diese „neue“ Partei mit all ihren Kräften schützend vor das Unternehmertum stellen, und die kapitalistischen Interessen in jeder Beziehung fördern wird. Andererseits wird man mit allen Kräften den Abbau der sozialen Bestimmungen, vor allen Dingen der Erwerbslosenfürsorge usw. betreiben. Es ist symptomatisch, daß diese programmatische Rundgebung kurz vor der Regierungserklärung zur Annahme gelangte. Wenn man auch bisher wußte, daß in der neuen Reichsregierung die Vertreterin des Deutschen Trübsalkapitals, die Deutsche Volkspartei, tonangebend ist, so unterstreicht der Inhalt dieser programmatischen Rundgebung die Tatsache nochmals aufs schärfste.

len stehen. Sie verlangt Ruhe und Arbeit, sie will heraus aus dem Fraktionsjammern...

Noch niemals wurde in den letzten Tagen so scharf und klar die Forderung der Einschränkung der demokratischen Rechte als Hauptbedingung der Fortsetzung der sozialdemokratischen Ministerherrschaft ausgesprochen. Was die Sozialdemokratie in den Arbeiterorganisationen jetzt mit aller Gewalt versucht, die revolutionäre Opposition durch die Spaltungspropaganda der Gewerkschaft, der Sport-, der Freidenkerverbewegung mundtot zu machen, das soll mit ihrer Hilfe auch parlamentarisch vorbereitet werden.

Die Regierungserklärung wird außerdem in die wichtigsten „Details“ der neuen Schulgesetzgebung nicht eingehen können, weil hier noch ernsthafte Differenzen zwischen den bürgerlichen Fraktionen vorliegen. Das Zentrum benutzt seine Opposition, um hier seine Forderungen dringend anzumelden. Aber auch hier wird die Sozialdemokratie, wenn das Kompromiß der Bourgeoisiefraktionen da ist, einfach Order parieren müssen. Aus den Ausführungen der Kölnischen Zeitung geht hervor, daß der Bürgerführer, Herr Severing, nicht vorzeitig sein längeres Verbleiben im Amt ankündigte. „Hermann Müller absolut, wenn er unsern Willen tut“, das ist die Lösung der Trübsalbourgeoisie, und die Sozialdemokratie hat sie verstanden.

Und die Gegenleistungen? Oder besser gesagt: wie gedenkt die Bourgeoisie den Herrn Müller-Severing und Konforten vor den Massen das Regieren zu ermöglichen?

Vorläufig — für die Zeit der Ferienprobe — wird dem Kabinett erstens gestattet, dem Druck der Linken und kommunistischen Arbeiter nachzugeben und endlich eine ziemlich weitgehende Amnestie zu bewilligen. Man wird dabei erfahren, wie ernst die sozialdemokratische Lösung zur Zeit des Amnestievertrages: „keine Gnade den Fememördern!“, war. Schon jetzt steht so gut wie fest, daß die Linksamnestie der Sozialdemokratie nur bewilligt wird, wenn als Etappe zur baldigen vollständigen Freilassung der Fememörder zunächst deren Strafzeit auf 7 Jahre herabgesetzt wird.

Zweitens wird Herr Hilferding — natürlich auch nur gegen Kompensationen — in gewissem Umfang als Steuererleichterer präsentieren dürfen. Als Höchsthöhe dieser Konzession dürfte etwa eine Senkung der Lohnsteuern durch Erhöhung des Existenzminimums erfolgen, die etwa 10 Prozent der gesamten Lohnsteuereinnahme — wahrscheinlich weniger — und nur etwa ein Sechstel der Gesamtlohn- und Steuerlasten der Arbeiter anomie, in Frage kommen. Auch das ist noch nicht sicher. Dafür aber wird Herr Hilferding sich in „Staatsrationalisierung“ betätigen, unter der Lösung der Streichung überflüssiger Ausgaben, „Sparen“, d. h. Beamte abbauen. Dafür werden er und seine Kollegen den bereits beschlossenen Preiserhöhungen nicht entgegenzutreten usw.

Drittens endlich wird vielleicht die Abschaffung der Todesstrafe angekündigt und die Vollstreckung von Todesurteilen vorläufig ausgesetzt werden. Um so herzhafter wird die sozialdemokratische Schwere gegen Arbeiter- und Bauern demonstrationen auf offener Straße Todesurteile vollziehen. Welchen Zweck die angekündigte Abschaffung des offiziellen Todesurteils hat, zeigt der Sonntagsleitartikel des Vorwärts, der mit dieser Reform eine ebenso freche Propaganda für die bürgerliche Demokratie und die bürgerliche Klassenjustiz, wie gegen die proletarische Demokratie

Gründungsbesprechung gegen die Textilarbeiter in der Pfalz

Ludwigshafen, 3. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Vor dem hiesigen Schlichtungsausschuß fanden dieser Tage Manteltarifverhandlungen für die pfälzische Textilindustrie statt. Da eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt wurde, fällt die Schlichtungsausschuß einen mittelbaren Schiedspruch, wonach der bisherige Manteltarif bis 31. März 1929 wieder in Kraft gesetzt wird. Eine Konferenz der Funktionäre der pfälzischen Textilindustrie beschloß einstimmig die Ablehnung dieses Schiedspruches, sowie die Einstellung sämtlicher Überstunden und Schichtarbeit ab 1. Juli.